

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

10 (25.1.1947)

alte der  
argebiet  
Beutin-  
an der  
nd war  
ben be-  
Zone  
Stahl-  
die  
g alter  
sich  
n Vor-  
lungen  
en der  
1946 in  
en von  
nd an  
D).  
In der  
durch  
er ge-  
richt  
von der  
tangs  
derung



# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lamstr. 1b-5, Tel. 405/53, Erscheinungsw. 3mal wöchentlich, Ausgaben f. Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Bismarckstr. 18) u. für Bruchsal, Friedrichstraße, Kaufhaus Schardt. 2. Jahrgang / Nummer 10. Karlsruhe, Samstag, 25. Januar 1947

## Die Forderungen an Deutschland

Österreich will die Grenzen von 1937 — Internationale Kontrolle des Ruhr-Rheingebietes? — Polen sieht noch keine Möglichkeit der Zusammenarbeit — Juden fordern Bestrafung der Schuldigen

London, 24. Jan. (ap) In ihren den Außenministerstellvertretern in London am 23. Jan. überreichten Memoranden erheben Polen und Jugoslawien Ansprüche auf eine umfangreiche Gebiets- und Geldentschädigung seitens Deutschlands und Österreichs. So fordert Polen, daß die neue Grenze gegen Deutschland von einem Punkt westlich des Ostseehafens Swinemünde am Westufer der Oder und der Gölitzer Neiße entlang bis auf die tschechische Grenze verlaufen solle.

Die Reparationsleistungen sollen ebenfalls in Form von Zustellungen aus der laufenden deutschen Produktion erfolgen, so daß Griechenland jährlich 500 000 Tonnen Kohle erhält. Es soll technischem Spezialpersonal ermöglicht werden, für besondere Aufgaben verwendet zu werden. Die Reparationsansprüche sollen in der kürzestmöglichen Zeit befriedigt werden.

„Keine Zusammenarbeit möglich“ Warschau, 24. Jan. (dena-Reuters) Der stellv. polnische Außenminister, Modzilewski, erklärte nach seiner Rückkehr aus Moskau: „Ich würde bereitwillig nach Washington und London gehen“, wenn ich nur die Gewißheit hätte, daß unsere Stellung dort genau so gut verstanden wird, wie in Moskau. Im Augenblick sehe ich keine leitende Persönlichkeit in Deutschland, mit der eine Zusammenarbeit möglich ist. Aber ich glaube, diese werden später einmal auftauchen.“

Paris, 24. Jan. (dena-Reuters) Ein Sprecher des französischen Außenministeriums gab am 24. Jan. Einzelheiten des franz. Planes zur Schaffung eines föderativen Deutschland bekannt. Dieser Plan, welcher der brit., amerik. und sowjet. Regierung vorgelegt wurde, wird gegenwärtig in London geprüft.

Polen für „wirksame Kontrolle“ Die polnische Regierung hat den Sonderbeauftragten der Außenminister für Österreich mitgeteilt, daß sie eine „wirksame Kontrolle“ für notwendig halte, um den österreichischen Vertrag zur Durchführung zu bringen, damit im Interesse des europäischen Friedens Schutzmaßnahmen für seine Anwendung ergriffen würden und um Österreichs Unabhängigkeit und die Interessen der UN zu garantieren.

USA fordern Entlassung deutscher Kriegsgefangener aus Rußland Berlin, 24. Jan. (ap) Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im März werden die USA Rußland um beschleunigte Freilassung der noch in der Sowjetunion befindlichen etwa 3 000 000 deutscher Kriegsgefangener ersuchen.

USA fordern Entlassung deutscher Kriegsgefangener aus Rußland Berlin, 24. Jan. (ap) Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im März werden die USA Rußland um beschleunigte Freilassung der noch in der Sowjetunion befindlichen etwa 3 000 000 deutscher Kriegsgefangener ersuchen.

Der Stuttgarter öffentliche Kläger beantragt Einstufung als „Belasteter“ und „Hauptschuldiger“ Bis zur Entscheidung der Frage, ob Reinhold Maier als Landtagsabgeordneter den Schutz der Immunität nach Artikel 66 der neuen Verfassung genießt, wurde von einer förmlichen Zustellung der Klageschrift an den Betroffenen zunächst Abstand genommen. Die Entschneidung dieser Frage, die vor Beginn der Verhandlung getroffen wird, liegt bei der Spruchkammer.

### Funkmeldungen: Aus aller Welt

Washington, Herbert Hoover nahm am 22. d. Mts. den Auftrag Präsident Trumans an, eine Studienreise nach Deutschland zur Prüfung der deutschen Ernährungslage durchzuführen. New York, Senator Warren R. Austin legte am 22. d. Mts. seinen Amtseid als neuer amerikanischer Vertreter im UN-Atomenergieausschuß ab. (dena) Athen, Die Leiter der griechischen Parteien haben am 21. d. Mts. offiziell angekündigt, sie hätten ein Übereinkommen über das Programm und die Zusammensetzung eines Koalitionskabinetts erzielt. Athen, Der griechische Ministerpräsident Tsaldaris hat am 22. d. Mts. dem König sein Rücktrittsgesuch überreicht. (dena) Athen, Der griechische Premierminister Tsaldaris gab am 23. d. Mts. vor der griechischen Kammer die Bildung einer Koalitionsregierung bekannt, die am Freitag dem griechischen Parlament vorgestellt wird. (dena-Reuters) Athen, Dimitrios Maximos ist, wie hier am Freitag bekanntgegeben wurde, von König Georg von Griechenland zum Ministerpräsidenten der neuen Koalitionsregierung ernannt worden. (dena)

### Letzte Neuigkeiten

Handelsabkommen mit franz. Zone abgeschlossen Minden, 25. Jan. (dena) Ein Handelsabkommen, das für das erste Vierteljahr 1947 einen Gütertausch im Werte von 66 Mill. Mk. vorsieht, schlossen in Minden deutsche Vertreter der britisch-amerikanischen Besatzungszonen mit Vertretern der französischen Zone ab.

Truman läßt Marshall freie Hand. Washington, 25. Jan. (ap) Präsident Truman erklärte am 23. d. Mts., der neue Außenminister George C. Marshall habe im Staatsdepartement freie Hand. Wenn man auch in diplomatischen Kreisen annimmt, daß General Marshall nach Moskau geht, so hat er selbst jedoch bisher nichts Bestimmtes darüber gesagt.

Tillessen-Prozess im Februar Konstanz, 25. Jan. (dena) Der Prozess gegen den Erzberger-Mörder Heinrich Tillessen wird im Laufe des Monats Februar vor dem Landgericht Konstanz stattfinden.

### KURZ BELEUCHTET

Die Anklage, daß die seinerzeit dem Hitlerischen Ermächtigungsgesetz zustimmenden Männer Steigbügelhalter des Nazismus gewesen seien, wird seit einiger Zeit mit immer stärkerem Nachdruck erhoben. Sie richtet sich auch gegen den württ.-bad. Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier sowie den Kultusminister Wilhelm Sempffendörfer, die seinerzeit für das Ermächtigungsgesetz stimmten. Auf Antrag der Demokratischen Volkspartei wurde die Einsetzung einer Untersuchungskommission beschlossen, die feststellen sollte, ob der gegen die genannten Politiker erhobene Vorwurf berechtigt oder nicht berechtigt sei bzw. ob ihre Haltung ihnen heute die Qualifikation verneine, an führender Stelle im Staate zu stehen. Es wurde geltend gemacht, daß das von beiden Männern gegebene Beispiel den sog. „kleinen Mann“ veranlaßt habe, sein inneres Widerstreben gegen einen Beitritt zur NSDAP aufzugeben und dem ausgeübten Druck von Naziseite nachzugeben. Der kleine Mann stehe jetzt als Angeklagter vor der Spruchkammer, sein politischer Vertrauensmann von 1933 aber, dessen Verhalten für ihn richtunggebend gewesen sei, amtierende unbelastet als Minister. Eine Argumentation, deren Wahrheitsgehalt nicht abzuschätzen ist. Die Betroffenen hingegen machen geltend, daß sie seinerzeit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht für den Nazismus votiert, sondern lediglich das Bestreben gehabt hätten, im politischen Spiel zu bleiben, um als Gegengewicht gegen den Nazismus wirken zu können. Die Skrupellosigkeit, mit der später jede Opposition vom Nazismus „ausgeschaltet“ worden sei, wäre 1933 noch nicht voraussehbar gewesen. Auch diese Argumentation hat viel für sich. Aufgabe des Untersuchungs- Ausschusses ist, das Gerechtfertigte oder Nichtgerechtfertigte dieser Behauptung nachzuprüfen, um damit eine grundsätzliche Klärung zu schaffen. Ueber die Arbeiten dieser Kommission sind bisher keine Mitteilungen gemacht worden. Hingegen kommt jetzt die aufsehenerregende Meldung, daß der öffentliche Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart die Einreihung von Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier in die Gruppe der Belasteten, die der Kultusminister Sempffendörfer in die Gruppe der Hauptschuldigen beantragt hat. Kommt es zu einem Verfahren, so wird die erforderliche Klarstellung herbeigeführt. Zu beachten ist jedoch Artikel 66 der Verfassung (Immunität), gegenüber dem sich der Ankläger auf Artikel 104 bezieht, der im Hinblick auf das Befreiungsgesetz eine Abweichung zulasse. Ueber diese Frage wird der Landtag, der sich mit der Anklage sofort befassen dürfte, entscheiden. Es wäre die Frage aufzuwerfen, ob es erst so weit kommen mußte und ob es nicht nach den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen richtiger gewesen wäre, Dr. Reinhold Maier und Minister Sempffendörfer hätten die Untersuchungskommission abgewartet, ehe sie sich auf den Posten des Ministerpräsidenten bzw. des Kultusministers berufen ließen. Es liegt eine absolute Berechtigung in der Forderung, daß an leitender Stelle in Deutschland nur solche Männer stehen sollten, deren politische Unantastbarkeit als über jedem Zweifel stehend erwiesen ist. W. S.

Direkte Verhandlungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei über Grenzberichtigungen werden voraussichtlich unmittelbar nach der Fertigstellung des Staatsvertrages für Österreich aufgenommen werden. Das Wiederherstellen seiner Grenzen 1937 eine grundsätzliche Angelegenheit ist, die in dem Staatsvertrag festgelegt werden soll.

Stuttgart, 25. Jan. (dena) Der öffentliche Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart, Franz Karl Maier, beantragte am Donnerstag die Einreihung des württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier in die Gruppe der Belasteten und des württembergisch-badischen Kultusministers Wilhelm Sempffendörfer in die Gruppe der Hauptschuldigen.

Reinhold Maier sei hinreichend verdächtig, heißt es in der Begründung, Belasteter zu sein, weil er durch Wort und Tat öffentlich durch Einsetzen seines persönlichen Ansehens und seiner Machtposition im politischen Leben wesentlich zur Begründung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen habe.

Reinhold Maier hat zudem nach dem Zusammenbruch Handlungen begangen, so heißt es in der Anklageschrift, die dem Gedanken der Demokratie schwerschwer geschadet haben und den Vergleich mit Nazimethoden auf dem Gebiete des Rechts heraufgefordert.

Österreichs „rechtsmäßiger Anteil“ Jugoslawien fordert zur Wiedergutmachung der auf mehr als 11 000 000 000 Dollar geschätzten Kriegsschäden ausreichende Reparationen von Österreich. In seinem Memorandum sagt Jugoslawien, daß das vollkommen in der Achse aufgenommene und nun wieder seinen Platz in der Völkervereinigung suchende Österreich für einen Großteil der in Jugoslawien angerichteten Schäden und auch für das während der Besatzungszeit errichtete Terror-Regime besonders verantwortlich sei.

Wie in der Anklageschrift ausgeführt wird, bestimmt Artikel 104 der Verfassung, daß Abweichungen von der Verfassung im Rahmen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zugelassen sind. Reinhold Maier hätte, wie es in der Anklageschrift heißt, nach dem Befreiungsgesetz überhaupt nicht für den Landtag kandidieren können, da seine Kandidatur unzulässig und nach dem Befreiungsgesetz verboten gewesen sei. Dennoch könne er durch die zu Unrecht erfolgte Wahl zum Landtagsabgeordneten auch keinen Immunitätsschutz gegenüber einem Verfahren nach dem Befreiungsgesetz für sich in Anspruch nehmen.

Wie in der Anklageschrift ausgeführt wird, bestimmt Artikel 104 der Verfassung, daß Abweichungen von der Verfassung im Rahmen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zugelassen sind. Reinhold Maier hätte, wie es in der Anklageschrift heißt, nach dem Befreiungsgesetz überhaupt nicht für den Landtag kandidieren können, da seine Kandidatur unzulässig und nach dem Befreiungsgesetz verboten gewesen sei. Dennoch könne er durch die zu Unrecht erfolgte Wahl zum Landtagsabgeordneten auch keinen Immunitätsschutz gegenüber einem Verfahren nach dem Befreiungsgesetz für sich in Anspruch nehmen.

Die Stellungnahme Dr. Maiers Stuttgart, 25. Jan. (dena) Ministerpräsident Maier erklärte, er sei nicht davon überzeugt, daß der öffentliche Ankläger Franz Karl Maier Anklage nach dem Befreiungsgesetz gegen ihn erhoben habe. Die gleichen Angriffe habe Franz Karl Maier bereits vor der Regierungsbildung im Dezember 1946 als Lizenzträger einer Stuttgarter Zeitung gegen ihn gerichtet. Dennoch habe der Landtag ihn am 16. Dez. mit 71 von 88 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt und die von ihm gebildete Regierung mit Wilhelm Sempffendörfer als Kultusminister einstimmig bestätigt. Sempffendörfer sei außerdem am 10. Dez. mit großer Mehrheit zum Landtagspräsidenten gewählt worden. Abschließend erklärte Dr. E. Maier, er werde sich der von der DVP und ihm selbst bereits am 10. Dezember beantragte Untersuchungsausschuß des Landtages sich mit dieser Angelegenheit befassen.

Zerschlagung deutscher Reichseinheit gefordert Brasilien fordert in seiner 2. Note an die in London tagenden Stellvertreter der Außenminister die Zerschlagung der politischen Reichseinheit Deutschlands und einen zukünftigen deutschen Staat auf föderativer Grundlage ohne interne Zollgrenzen. Die Bundesstaaten sollten sich untereinander ausgleichen. Brasilien ist bereit, die französischen Ansprüche auf das Ruhr- und Saargebiet zu unterstützen. Der australische Delegierte, Colonel W. R. Hodgson, vertrat am 23. Januar eindringlich den Standpunkt, daß die Deutschen zu einer Selbstregierung unfähig seien.

Wegen dieser, wenn auch nur gastweisen Mitgliedschaft, gilt Sempffendörfer schon nach der gesetzlichen Vermutung des Artikels 10 des Befreiungsgesetzes in Verbindung mit dessen Anlage als Belasteter. Sempffendörfer ist Hauptschuldiger, weil er der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche politische und propagandistische Unterstützung gewährt hat. Die persönliche Schuld und die politische Verantwortlichkeit, die Reinhold Maier als Reichstagsabgeordneter und Fraktionsredner für das Ermächtigungsgesetz auf sich geladen habe, so heißt es in der Anklageschrift, sei unverhältnismäßig schwerwiegender als die seiner durchschnittlichen Parteigenossen, deren Entschluß im Jahre 1933, der Nazipartei beizutreten, häufig durch eine Haltung wie die Maiers gefördert worden sei.

Wie in der Anklageschrift ausgeführt wird, bestimmt Artikel 104 der Verfassung, daß Abweichungen von der Verfassung im Rahmen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zugelassen sind. Reinhold Maier hätte, wie es in der Anklageschrift heißt, nach dem Befreiungsgesetz überhaupt nicht für den Landtag kandidieren können, da seine Kandidatur unzulässig und nach dem Befreiungsgesetz verboten gewesen sei. Dennoch könne er durch die zu Unrecht erfolgte Wahl zum Landtagsabgeordneten auch keinen Immunitätsschutz gegenüber einem Verfahren nach dem Befreiungsgesetz für sich in Anspruch nehmen.

Die Voraussetzungen für eine Einstufung Maiers in die Gruppe der Minderbelasteten könnten angesichts der Tatsache, daß seine Unterstützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in hochverrätherischer Weise erfolgt sei und im Hinblick auf die weittragenden Folgen dieser Handlungsweise nicht als gegeben angesehen werden. Reinhold Maier habe zudem nach dem Zusammenbruch Handlungen begangen, so heißt es in der Anklageschrift, die dem Gedanken der Demokratie schwerschwer geschadet haben und den Vergleich mit Nazimethoden auf dem Gebiete des Rechts heraufgefordert.

Griechenland fordert Wiedergutmachung Der griechische Botschafter in London, Thanassis Agnides, gab am 22. Januar die

Wiederherstellung seiner Grenzen 1937 eine grundsätzliche Angelegenheit ist, die in dem Staatsvertrag festgelegt werden soll.

Wiederherstellung seiner Grenzen 1937 eine grundsätzliche Angelegenheit ist, die in dem Staatsvertrag festgelegt werden soll.

Wiederherstellung seiner Grenzen 1937 eine grundsätzliche Angelegenheit ist, die in dem Staatsvertrag festgelegt werden soll.

## Vincent Auriol über Deutschland

Frankreichs Präsident will deutsche Sozialisierung auf internationaler Basis Im Rahmen einer internationalen Rundfrage, die die Schweizer Zeitung „Die Tat“ unter dem Titel „Was die Welt von Deutschland hält“ veranstaltet hat, veröffentlicht das Blatt laut AEP die Antwort des Präsidenten der französischen Republik, der wir folgendes entnehmen: Auf die Frage nach der Bedeutung des deutschen Volkes im Rahmen der Zivilisation, der Kultur und der Weltwirtschaft antwortete Auriol, daß niemand die Größe der deutschen Denker, Künstler und Musiker verkenne. Aber wenn man bedenke, daß unsere Zivilisation aus den großen geschichtlichen Strömungen hervorgegangen ist, die Hellenismus, Christentum und Rationalismus heißen, so schreibe das deutsche Volk bis jetzt nicht von unseren gemeinsamen menschlichen Idealen durchdrungen zu sein. Nachdem Deutschland nach dem 30jährigen Kriege fast die Synthese zwischen Germanismus und Humanismus vollzogen habe, sei die Nation später in der Zeit der Romantik als ein aus Zellen bestehender Organismus aufgefaßt worden. Diese totalitäre Auffassung des Staates habe im Nationalsozialismus ihren vollkommenen Ausdruck gefunden. Es handle sich darum, in Erfahrung zu bringen, ob das deutsche Volk auf diese Erbererphilosophie verzichten wolle. Eine vollständige Entnazifizierung sei nötig. Auf die Frage nach der zukünftigen Rolle Deutschlands in Europa bzw. in der Welt meinte Auriol, daß es an Deutschland selbst liege, den Beweis zu erbringen, daß es reif für eine Teilnahme an unserer gemeinsamen Zivilisation sei. Man könne noch nicht beurteilen, ob sich etwas in der deutschen Ge-





